»aus Gnaden« mit dem Schwert statt mit dem qualvolleren Strangulieren gerichtet bzw. – bei Ersttätern – zunächst nur mit der Rute »ausgestrichen«. Die Todesstrafe fand in aller Regel nur bei Wiederholungstätern und in besonders schweren Fällen statt. Schmidt selbst hatte Anteil an dieser Entwicklung. 1580 brachte er es mit zwei Geistlichen zuwege, daß die zahlreichen und meist den untersten Bevölkerungsschichten (Bauernmägde, Dirnen) angehörenden Kindsmörderinnen nicht mehr ertränkt, sondern mit dem Schwert zu Tode gebracht wurden. Ständegeschichtlich erwähnenswert ist die Hinrichtung eines doctor iuris (wegen Parteiverrat); volkskundlich von Interesse sind die regelmäßig vorkommenden Bei- und Übernamen der Verbrecher. An die territorialgeschichtlichen Auseinandersetzungen der Reichsstadt erinnern Strafen wegen »Verräterei« zugunsten der Markgrafen von Brandenburg.

Der vorliegende Abdruck gibt unverändert und unbearbeitet die Ausgabe von 1913 wieder. Im allgemeinen scheint der seinerzeitige Bearbeiter gut gelesen zu haben; nur vereinzelt vermutet man Fehler, die vielleicht auch schon auf die Abschreiber zurückgehen. Das Autograph Meister Franzens ist nicht im Original erhalten. Es ist erfreulich, daß die in der schönen Type von 1913 nachgedruckte, von dem Erlanger Rechtshistoriker Wolfgang Leiser sachkundig eingeleitete Quelle wieder greifbar ist. Sie ist eine reizvolle und, wie es bei diesem Gegenstand nicht anders sein kann, gelegentlich erschütternde Lektüre.

R. J. W.

Günther Franz: Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, 7). 4. neu bearb. u. verm. Aufl. Stuttgart, New York: Fischer 1979. 140 S., 28 Abb.

1940 erschien die hier vorzustellende Arbeit in erster Auflage. Die damals gewonnenen Ergebnisse sind seitdem Allgemeingut der Forschung geworden, so daß auch die vierte Auflage in den Grundzügen unverändert bleiben konnte. Eingearbeitet wurde eine Vielzahl von lokalen Einzeluntersuchungen über den behandelten Zeitraum. Sie bestätigen und vertiefen die vor 40 Jahren getroffenen Feststellungen.

Nicht alle Folgen des großen Krieges sind Thema der Untersuchung, wie der Titel anzudeuten scheint. Es geht lediglich um die Bevölkerungsverluste, vor allem auf dem Lande, um die Wiederbesiedlung nach dem Krieg und die Auswirkungen der Kriegsjahre auf die Agrarstruktur.

Die Bevölkerungsverluste durch unmittelbare Kriegseinwirkungen sind entgegen immer noch verbreiteter Ansicht verhältnismäßig gering. Gravierender waren als indirekte Kriegsfolgen die Seuchen, vor allem die Pest. Die Regeneration der dadurch verürsachten Verluste wurde durch die Kriegsläufe im Vergleich zu Friedensperioden erheblich verzögert.

Natürlich beeinflußten die militärischen Ereignisse die Bevölkerungsentwicklung. Es gab blühende Landstriche in Deutschland – etwa Oldenburg –, wo der Krieg kaum verspürt wurde. Andere wurden von permanenten Truppendurchzügen geplagt. Man muß also sorgfältig differenzieren, wenn man allgemeine Angaben wagt.

Die gesamten Verluste dürften sich zwischen 30 und 40% bewegen. Sie waren nach knapp hundert Jahren mehr als ausgeglichen. Ein interessantes Phänomen – auch im Hinblick auf die Gegenwart – ist es, daß in den Nachkriegsjahren die Einwohnerzahl in den nicht vom Krieg direkt betroffenen europäischen Staaten zum Teil erheblich absank, daß der Wille zum Kind trotz oder wegen der gesicherten Lebensumstände fehlte. Die These, daß die rasche Erholung Deutschlands der Lebenskraft des deutschen Volkes zu danken war (S. 60), überzeugt in dieser Simplifizierung nicht. Dieser Abschnitt, in dem auch von Erbgut und Volksgesundheit die Rede ist, sollte für eine neue Auflage überarbeitet werden.

Schweizer, Flamen, Wallonen, Niederländer, Tiroler und Salzburger stellen das Hauptkontingent der Neusiedler, die wüste Höfe und Dörfer wieder bewohnbar machten. Die durch den Krieg verursachte Bevölkerungsbewegung führte zu tiefgreifenden Veränderungen der gewachsenen Bevölkerungsstruktur, die hier und dort auch anthropologisch faßbar wird.

Eine von Franz überzeugend widerlegte Meinung sieht im Krieg die Ursache des dauernden

Wüstwerdens von Siedlungen. In Wirklichkeit hat der Krieg den Ortsbestand nicht nennenswert verändert, die Siedlungsfläche nicht auf Dauer vermindert. Allerdings hat er im Norden die Entwicklung zur Gutsherrschaft in Fluß gebracht. Hier verschlechterte sich die Rechtsstellung der Bauern entscheidend. Die in der Agrargesellschaft vorhandenen ständischen Unterschiede wurden verwischt.

Die weit ausgreifende Arbeit kann sich leider nicht auf Informationen aus Hohenlohe beziehen. Der große Krieg und seine Folgen sind hier bislang nur in groben Zügen bearbeitet worden. Die Quellen stehen bereit, sie brauchen nur noch ausgeschöpft zu werden.

G. T.

Moderne Preußische Geschichte 1648–1947. Eine Anthologie. Bearb. u. hrsg. von Otto Büsch und Wolfgang Neugebauer. 3 Bde. (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 52/1–3). Berlin, New York: de Gruyter 1981. XXXII, 1764 S.

Im Gefolge der Berliner Preußen-Ausstellung von 1981 erschien eine Flut dem Thema Preußen gewidmeter Publikationen. Die hier vorzustellende Anthologie gehört allenfalls vordergründig in diesen Zusammenhang: Ihre Herausgeber präsentieren eine Auswahl von Buchauszügen und Aufsätzen zur preußischen Geschichte aus den vergangenen einhundert Jahren; nur einige wenige Texte wurden eigens für die Edition verfaßt bzw. neu überarbeitet. Die »Moderne preußische Geschichte« versteht sich zudem als Vorarbeit zu dem für 1983/84 angekündigten »Handbuch der preußischen Geschichte« mit dem anspruchsvollen Ziel, den derzeitigen Forschungsstand auf einer breiten Basis exemplarisch aufzuzeigen.

In der Tat wird dem Leser sowohl in thematischer Hinsicht als auch mit der Präsentation von 53 Autoren ein imponierendes Spektrum geboten. Dem ersten Teil (»Preußen als historisches Problem«) wurde eine einführende Rolle zugedacht. Hier sei auf die – für die Edition programmatische – Skizze des Mitherausgebers O. Büsch (»Das Preußenbild in der Geschichte«) hingewiesen, die dem »spezifisch preußischen Mischungsverhältnis von vorwärtsdrängendem Reformeifer und obrigkeitsstaatlicher Diensthaltung« nachgeht, um so zur »Identitätsfindung von »moderner« preußischer Geschichte« beizutragen. Daß die Herausgeber unterschiedliche und teilweise konträre Standpunkte einnehmen, verdeutlichen zwei weitere Arbeiten des ersten Teils über Friedrich II.: Während die eine aus der Feder des marxistischen Historikers F. Mehring stammt, kommt kontrastierend dazu E. Marcks zu Wort.

Im zweiten Themenbereich (»Bevölkerung und Sozialsystem«) wurden mit einer Ausnahme Arbeiten der Nachkriegszeit aufgenommen. Neben allgemeinen Aspekten werden das Junkertum, die Domänenpächter sowie die Komplexe Bauernbefreiung, Industrialisierung und Minderheiten behandelt.

Die Titel des dritten Teils – »Staat, Verwaltung und Rechtssystem« – entstammen wiederum, mit Ausnahme der klassischen Arbeit O. Hintzes über monarchisches System und konstitutionelle Verfassung, der Zeit nach 1945. Sie behandeln rechts-, sozial- sowie verfassungs- bzw. verwaltungsgeschichtliche Probleme und treten so ergänzend sowohl zum zweiten als auch zum nachfolgenden vierten Themenbereich. Dieser – »Militärsystem und Gesellschaftsordnung« vom 17. Jahrhundert bis zum Ende der Monarchie behandelnd – präsentiert Namen wie G. Ritter und E. Kehr, wobei die beiden wiederum überaus gegensätzliche Positionen vertreten.

Der fünfte Teil (»Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik«) reicht vom 17. Jahrhundert bis in die Weimarer Republik und enthält Beiträge zur ländlichen Kolonisation im Absolutismus, zum Merkantilsystem und dessen Übergang zum Wirtschaftsliberalismus sowie solche zum Komplex Industrialisierung. Zwei Arbeiten behandeln besonders aktuelle Bereiche: den Umweltschutz während der Frühindustrialisierung und das Engagement des preußischen Staates als Unternehmer in der Weimarer Republik. Trotz des unvermeidlichen Ausklammerns weiterer wichtiger Bereiche dürfte das Anliegen der Herausgeber durchaus belegt sein, nämlich aufzuzeigen, daß das sich wirtschaftlich entwickelnde Preußen über Deutschland hinaus »eine mindestens so große und sicherlich positivere Bedeutung erwarb, als der Militärstaat Preußen für die Entwicklung der politischen Landkarte Europas«.